



In den Germaniafläken 3000-4000 Personen. Redner Sandberg, Hedmann und Gertrud Sobahl. Einstimmige Annahme der Resolution.

Die Fraule, Radbrake, 2000 Personen. Redner Hugo Heimann. Resolution einstimmig angenommen.

Bühmischer Brauhaus, 1500 Personen, ungeheure Ueberfüllung. Redner Struss und Braun. Stürmische Zustimmung. Einstimmige Annahme der Entschliessung.

„Alte Berlin“, 1200 Personen, Ueberfüllung. Redner Krüger. Zapfenlose Aufnahmen in die Partei. Resolution einstimmig.

Deutscher Hof, 2000 Personen, Ueberfüllung. Redner Edwin Barth und Heinrich Schulz. Resolution gegen eine Stimme.

Reufkan, Rindbrauerei, 2000 Menschen. Nach Referat von Dittmers und Breuers einstimmige Annahme der Resolution.

Neufkan, Stern-Lichtspiele. Hier war wegen ungeheurer Ueberfüllung der Rindbrauerei eine Parallelerammlung notwendig, in der Dr. Silberstein sprach. 1500 Personen. Einstimmige Annahme der Resolution.

Palastbau, Kaiserbrauerei, 3000 Personen. Redner Rabeckstein und Koh. Schmidt. Resolution einstimmig.

Schöneberg, Schloßbrauerei, 6000 Personen. Redner Lüdemann und Genoffin Viehhaber. Einstimmige Annahme der Resolution. In der Debatte kam der Wunsch nach einer vollständigen Einigung mit den Unabhängigen unter Ausschluß von Spartakus zum Ausdruck.

Charlottenburg. Die im „Volkshaus“ tagende Versammlung war von über 2000 Teilnehmern besucht. Referent war der Reichstagsabgeordnete Mollenhauer. Nach kurzer Debatte wurde die Resolution gegen 2 Stimmen angenommen. Hierauf formierte sich ein Demonstrationzug, welcher sich mit zwei roten Fahnen nach dem Lustgarten in Bewegung setzte.

Die Versammlungen endeten mit Annahme folgender Entschliessung:

Die Versammlung begrüßt den Sturz der alten militärisch-junkerschen Gewaltherrschaft und das in der Revolution aufleuchtende neue Zeitalter der Selbstbestimmung des Volkes. Sie erkennt im Einklang mit den Zielen der sozialdemokratischen Partei als Aufgabe der proletarischen Befreiungsarbeit die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und fordert zu diesem Zwecke die Vergesellschaftung der Monopole und Kleinbetriebe in Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Handel. Unerlöschliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Umwandlung ist die auf Gleichberechtigung aller beruhende politische Demokratie und die unermüdete Organisations- und Aufklärungsarbeit aller Sozialisten.

Die Versammlung bedauert und verurteilt die Vorgänge am 6. Dezember und richtet an die Kameraden im feldgrauen Rock die dringende Aufforderung, sich unter keinen Umständen zu gegenrevolutionären Bestrebungen mitzuwenden zu lassen, weil solches Verhalten unter den Arbeitermassen berechtigter Erbitterung auslösen und außerdem nur jenen Elementen Vorschub leisten würde, deren Vorgehen die eingeleitete Demokratisierung der Verwaltung und die notwendige Sozialisierung der Wirtschaft nur verzögern, wenn nicht verhindern kann.

Ebenso entschieden verurteilt die Versammlung aber auch die Ursache dieser Vorgänge, die auf Herbeiführung einer auf Gewalt beruhenden Wirtsherrschaft an Stelle der gestürzten Junkerherrschaft hingelassenen Bestrebungen des Spartakusbundes. Sie sieht auf dem Boden der Souveränität des Volkes, vertreten durch eine unbeeinträchtigte verfassunggebende Nationalversammlung. Sie bekämpft mit ganzem Herzen zur Aufrechterhaltung der Einheit des Deutschen, durch den Anschluß Deutschlands zu einem mit dem Reich verbundenen und protektiert auf das äußerste gegen jeden Versuch einer Wirtsherrschaft deutschen Gebietes oder eigenmächtiger Verhandlung einzelner Landesteile mit den Feinden.

Das alte System hat das deutsche Volk in tiefes Elend und tiefe Erniedrigung geführt. Seine Erhebung zu einem gleichberechtigten Gliede im Bunde der Völker, seine wirtschaftliche und geistige Befreiung durch Demokratie und Sozialismus ist die heilige Aufgabe der Sozialdemokratie.

Im Lustgarten.

Ein herrliches Bild, das dem, der es erlebt hat, unbeschreiblich bleiben wird! Oben auf der Freitreppe der Nationalgalerie ein Spalier roter Fahnen, zwischen denen Gruppen von Menschen sich hin und her bewegen. Die breite Freitreppe selber ist freigelassen, nur zu äußerster jeder Seite schließt sich ein schmales Band von Menschen an die Oberseiten an und verbindet diese mit den unten heranziehenden Massen, die mit jeder Minute anwachsenden. Schon vor 1 Uhr sind die Bänke, die den kürzesten Weg halten, eingetroffen, jeder einzelne trotz des rieselnden Regens mehrere tausend Menschen hat. Nun, um die selbige Stunde, rückt in kurzer Folge Zug auf Zug an. Die roten Fahnen leuchten weit durch den düsternen Sprühregen, der die Straßen einfließt, schon von weitem hört man das Rauschen aus dem Gelaug der Arbeiter-Massentafel und Hochrufen auf die Regierung und Nationalversammlung. Von Minute zu Minute wachsen die Massen, die sich am Fuß der Freitreppe bis weit in den Lustgarten hinein flauen, eine Schaar Mutiger hat die Winterbedeckung der großen Granitstufen erklommen und zagt wie eine Insel über das Menschenmeer. Auch der Godel des Friedrich-Wilhelm-Denkmal ist besetzt. Wenn der heilige Hohenzoller da oben denken könnte — hat er es je gekannt? — was würde er zu der Versammlung sagen, in der man Soldaten, Postbeamte, Eisenbahner, selbst Schulleute mit roten Abzeichen an der Uniform erblickt!

Um 1 Uhr eröffnet Genoffin Lüdemann, dessen unrichtige und geschickte Leitung viel zu dem schönen Gelingen der Gesamtveranstaltung beigetragen hat, die Versammlung und erteilt dem Genoffen Ebert das Wort, der mit stürmischem, demonstrativem Beifall empfangen wird.

Genoffe Ebert

fürzte aus: Die impotente Rundgebung liefert uns den Beweis, daß das schaffende Berlin, daß die Arbeiterschaft in ihrer übergrößen Mehrheit der Nummerproben Fahne der alten sozialdemokratischen Partei folge geleistet hat. Wir haben heute morgen dreizehn überfüllte Volksversammlungen abgehalten. Die Versammlungen konnten den Zutritt nicht fassen. Vielfach mußten Parallelerammlungen abgehalten werden und dennoch mußten Tausende umkehren, weil sie keinen Platz fanden. In allen Versammlungen haben wir mit aller Klarheit und Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, was wir wollen.

Wir wollen Frieden, Freiheit und Brot!

Gelingt es uns nicht, den in den nächsten Tagen ablaufenden Waffenstillstand zu verlängern, gelingt es uns nicht, zu Ruhe und Ordnung zu kommen, dann sind die Erfolge der Revolution verloren. Deshalb ist es unsere erste Aufgabe, die Forderungen der Demokratie reiflos zur Geltung zu bringen. Die Meinungs- und Gewissensfreiheit sind die Grundpfeiler der neuen Ordnung. Mit ihnen stehen und fallen die Erfolge der Revolution. Gewalt bedeutet immer Reaktion! Wir haben die alten Tyrannen verjagt, die mit dem Fuß des Unglücks befaßt sind, das über uns gekommen ist. Die alten Tyrannen werden vom Tode nicht wieder auferstehen. Jeden Versuch, das alte System wieder einzuführen, werden wir niederzukämpfen. Wir werden aber auch jede neue Gewaltherrschaft bekämpfen, die verhindern will, daß das Volk sein Geschick selbst bestimmt. Täglich verteilen die Anhänger der Gewaltpolitik Waffen, täglich lassen sie den Ruf erschallen, die Regierung mit Gewalt zu bekämpfen. Wir

werden dieses mit äußerster Entschlossenheit bekämpfen. Die wollen keine Regierung der Gewalt, unsere Legitimation soll einzig und allein der Wille des Volkes sein.

Solange das Volk nicht in freier Wahl seinen Willen bekundet hat, ist die neue Regierung nur ein Provisorium. Deshalb müssen wir schleunigst zur konstituierenden Nationalversammlung kommen. Der Sieg der Revolution kann nur gesichert werden durch die auf Grund demokratischer Wahlen von Männern und Frauen berufenen Konstituante. Ich habe zu dem politischen Urteil des Volkes volles Vertrauen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Wahlsieg zur Nationalversammlung aller Welt Platz zeigt, daß die fünfjährige Erziehungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie ihre Gedankenwelt zum Gemeingut der ganzen Nation gemacht hat.

Die Freiheit muß gesichert werden! Es ist doch wahrlich

genug des verdorbenen Blutes. Soll man, nachdem die deutsche Arbeiterschaft die Macht errungen hat, noch weiterhin Blut fließen? Nein! und abermals Nein!

Die Sicherheit im Innern ist die Bedingung dafür, daß es uns gelingt, Arbeit und Brot zu schaffen. Den Frieden nach innen und außen festzuliegen, der Arbeitswille, Verantwortlichkeitsbewußtsein und Solidarität sind die Grundlage, auf der allein wir leben können. Ohne dies ist der Sieg der Revolution verloren. Deshalb fordere ich Sie auf, Arbeiter, Soldaten, Genossen, scharen Sie sich fester um uns, unterstützen Sie uns in unserem schweren und opfervollen Kampf um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und um uns nach schmerz- und einbringungsreichen Jahren den Frieden zu bringen. Jeder Versuch, diese Erfolge zu erschüttern und in Gefahr zu bringen, wird unseren entschlossenen Widerstand herausfordern. Deshalb lassen wir den Ruf erschallen: Es lebe die Freiheit, die Demokratie, die Nationalversammlung und die alte deutsche Sozialdemokratie!

Die Menge stimmte begeistert in die Hochrufe ein, wie sie schon vorher ihre Zustimmung zu den Ausführungen Eberts lebhaft zum Ausdruck gebracht hatte.

Genoffin Juchacz:

Wir eröffnen heute den Wahlkampf zur Nationalversammlung. Niemand außer der Sozialdemokratie hat ernsthaft daran gedacht, den Frauen ein Mitbestimmungsrecht im Stimmrecht zu geben. Aber Recht verpflichtet. Jeder Mann und jede Frau muß sich darüber klar sein, daß er, daß sie persönlich die Verantwortung für den Ausfall der Wahl und damit für das künftige Schicksal Deutschlands trägt. Aber unsere Aufgabe ist nicht unerfüllbar, wenn jeder Hand aus Werk legt. (Lebhafter Beifall.)

Als dritter Redner beleuchtete Genoffe Krüger die Hebe der Spartakusleute gegen die Regierung. Wir verlangen, daß die Regierung allen Freiheiten zum Trost auf ihrem Vorkost bleibt und die Geschäfte wahrnimmt, mit denen wir sie beauftragt haben. Wir verlangen ferner, daß die bewaffneten Verbände der Spartakusleute entwaffnet werden, aber aber wir verlangen selber Waffen, damit wir ihnen gegenüber nicht wehrlos sind. (Lebhafter Beifall.) Zum Schluß forderte Genoffe Krüger unter stürmischem Beifall zur Stärkung der Organisation und der Presse auf.

Mit einem donnernden dreifachen Hoch auf die sozialistische Republik schloß Genoffe Lüdemann die in musterwürdiger Ordnung verlaufene Versammlung. Die Massen entzweiten sich in größter Ruhe. Während sie sich zerstreuten, trat noch ein verpöchter Demonstrationzug von 2000 bis 3000 Personen aus Charlottenburg ein. Auch er nahm noch einmal an der Freitreppe der Nationalgalerie Aufstellung. Genoffe Ruttner hielt eine kurze zündende Ansprache. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß auch diese Rundgebung.

### Versammlung der Unabhängigen unter freiem Himmel.

Im Friedrichshain hatten die Unabhängigen zwei Rednertribünen aufgestellt. Da indes kein allzu großer Andrang herrschte, wurde nur eine Versammlung abgehalten.

Kurt Rosenfeld bemerkte hinsichtlich des Zusammenarbeitens mit den Mehrheitssozialisten: Wohl ist uns nicht dabei. Aber es geht leider nicht anders, denn sonst wäre eine Regierung aus Vertretern der Mehrheitssozialisten und bürgerlichen Parteien gebildet worden. Traurig sei, daß die Berliner Mehrheitssozialdemokratie einen noch früheren Wahltermin für die Nationalversammlung fordere. Es geht jetzt, mit aller Kraft die Wahlvorbereitungen durchzuführen.

Adolf Hoffmann sprach in ähnlichem Sinne. Auch am 9. November habe die Berliner Arbeiterschaft nicht ganze Arbeit getan und insbesondere sich des geräumten „Bordarix“ nicht wieder bemächtigt. Da dies verurteilt worden sei, habe er, Hoffmann, wenigstens die „Vollzeitung“ besetzt. Die Konstituante werde einen reaktionären Charakter tragen und die Grundgesetze der Revolution beseitigen. Dann wird nichts anderes übrig bleiben, als die Konstituante nach russischem Muster auseinanderzulassen.

In der Diskussion wurde weitlich auf die „Scheidemann“ geschimpft. Eine besonders bedauerliche Gewissensverwirrung bewies ein Spartakist, indem der die Ebert, Scheidemann usw. als Besten bezeichnete und dazu aufforderte, die Mehrheitssozialisten totzuschlagen. Auch forderte er zum allgemeinen Ausstand auf. — Der leichten Aufforderung trat Adolf Hoffmann im Schlußwort entgegen, indem er darauf hinwies, daß dann schließlich die Elemente Deutschland besetzen und die Revolution unterdrücken werde.

Am Nidmarckenmal vor dem Reichstag sprach Ströbel. Ihm trat der Spartakist Rüd entgegen; er forderte u. a. sofortige Verhaftung der Banken, was aber nur möglich sei, wenn Ebert und Scheidemann dazugezogen würden. Die Versammlung mochte unwillig Zwischenrufe, und Ströbel sagte sich dann mit dem Spartakistischen Ansturm auseinander, wobei er u. a. auch sagte: Auch wir würden lieber auf Ebert und Scheidemann verzichten, aber bedenkt, Genossen, daß hinter Ebert und Scheidemann die ungeheure Mehrheit des Proletariats steht. Das ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Die Spartakisten waren sehr unzufrieden, und es hagelte auf den „Regierungsspezialisten“ Ströbel grobe Schimpfwörter.

### Verhaftung rheinischer Großindustrieller wegen Landesverrats.

Köln a. Rh., 8. Dezember. Der „Kölnener General-Anzeiger“ meldet aus Mülheim a. Ruhr: Unter der Anschuldigung des Landesverrats, angeblich begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Befestigung des Industriegebietes zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thüssen, Fritz Thüssen jun. und Edmund Stinnes, sowie die Direktoren Herrle, Becker, Wirtz, Kommerzienrat Lützen und Bergasseffor Stenz verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

Wie uns zu dieser Verhaftung, die das größte Aufsehen erregen wird, aus Erfen gemeldet wird, hat Thüssen nach Meldung der „Freiheit“, des Organs des Mülheimer Arbeiter- und Soldatenrates in einer in Dortmund abgehaltenen Sitzung der Notwendigkeit der Befestigung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch die Entente das Wort geredet, und zwar zur Befestigung der roten

Gefahr und des Achtundentages und ferner, weil der deutsche Kapitalismus vor und während des Krieges mit dem Kapitalismus der Entente eng verbrüderet gewesen sei und diese Verbindung erhalten werden müsse.

Wie das Blatt weiter meldet, wurde beschlossen, die Geheimakten des Bundes der Industriellen und der Einzelwerke nach Hannover in Sicherheit zu bringen. Gegen diese Anschläge habe durch die jetzt vollzogenen Verhaftungen eingeschritten werden müssen.

Vorläufig wird indessen von den Verhafteten nachstehender Seite bestritten, daß die Anschuldigung begründet sei. Wie aus Mülheim gemeldet wird, hat die Firma Thüssen u. Co., A. G., an den Rat der Volksbeauftragten, zu Händen des Reichskanzlers Ebert ein Telegramm gerichtet, in dem die Verhaftung der beiden Thüssen und der Direktoren Moser, Herrle und Becker mitgeteilt und dann gefogt wird, es sei festzustellen, „daß keiner der Benannten der angeblichen Diktum der Sitzung beigewohnt hat. Sie haben sich vielmehr, wie jederzeit nachzuweisen ist, am Donnerstag an verschiedenen anderen Orten aufgehalten. Wir müssen deshalb gegen die widerrechtliche Freiheitsberaubung der vorgenannten Herren entschiedenen Einspruch erheben und bitten dringend, deren unberühmte Freilassung zu veranlassen, da durch ihre Abwesenheit, zumal in den heutigen schwierigen Zeiten, eine schwere Schädigung unserer Werke und ihrer Arbeiterschaft unausbleiblich ist“. Die Firma Thüssen gibt alsdann noch näher an, wo die betreffenden Herren an dem Tage der Dortmunder Versammlung sich aufgehalten haben, was „selbstverständlich zu jeder Stunde durch einwandfreie Bezeugen bewiesen werden“ könne. Wie zu ersehen ist, spricht die Firma Thüssen nur für einen Teil der verhafteten Personen.

Die Beschluldigung, die gegen die Großindustriellen erhoben worden ist, ist so schwer, daß eine gründliche und aufs äußerste zu beschleunigende Untersuchung notwendig ist. Wie aus der Kölner Nachricht hervorgeht, geschah die Verhaftung durch den Mülheimer A. S. Rat nicht unüberlegt, sondern „nach stundenlangem Verhör“.

### Die Ausschreitungen in München.

Bländerungen in Frankfurt a. M. — Schieberei in Dresden. — Ein Kruppdirektor in Essen als Geisell verhaftet.

München, 8. Dezember. Gestern Abend fand die erste Tagung des Münchener Arbeiterrats statt, in der auch die Minister Eisner und Auer das Wort ergriffen. Bei der Frage der Wahl der Vertreter zum Delegiertentage des Landesarbeiterrats kam es zu großen Tumulten, welche schließlich in Tätlichkeiten gegen die Gewerkschaftsführer ausarteten. Diese mußten unter fortwährendem größten Lärm schließlich den Saal verlassen.

Zu gleicher Zeit wurden in einer Versammlung der Münchener Reserventräte die Vorfälle der Freitagnacht besprochen und eine Entschliessung angenommen, welche die Ausschreitungen auf das schärfste mißbilligt und auch die Angriffe auf die Freiheit der Presse verurteilt. Am weiteren Verlauf der Sitzung sprach der Reserventräte dem Münchener Soldatenrat ihr Mißtrauen aus wegen der Art und Weise, wie die Delegierten zum provisorischen bayerischen Nationalrat gewählt wurden. Der Soldatenrat ist daraufhin zurückgetreten.

Die Regierung gibt bekannt, daß die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit bestimmten Truppen angewiesen wurden, erforderlichenfalls, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. Soldaten drangen heute mittig in ein Militärloger der Festungsbauverwaltung u. Co. ein, erbrachen die Magazine und warfen Tausende von Mänteln, Stiefeln und anderen Kleidungsstücken aus den Fenstern, wo viele von einer großen Menschenmenge aufgefangen und fortgeschleppt wurden. Die Bländerung dauerte etwa eine Stunde. Die Wachposten verhielten sich gegen die Menge zurückhaltend.

Das französische Sozialmandat für Frankfurt a. M. in Stärke von 12 Offizieren und 25 Mann trifft heute in Mainz ein. Die militärischen Verhandlungen leitete der Generalmajor v. Stubnitz vom Generalstabschef.

Dresden, 8. Dezember. Gestern Abend gegen 11 Uhr handelte in dem Automatenrestaurant „Postplatz“ ein Soldat mit Pionieren, weshalb ihm das Lokal verboten wurde. Es entstand Reiberei, wobei das Lokal geplündert und zerstört wurde. Ein großes Aufgehob Posten und Soldaten konnte die Ordnung wieder herstellen, wobei es zu einem Augenwechsel kam. Ein Soldat wurde tödlich verletzt. Zwei Soldaten wurden in Haft genommen.

Essen, 8. Dezember. Am 4. Dezember ist hier ein Kruppdirektor vom Arbeiter- und Soldatenrat als Geisell vorübergehend in Haft genommen worden. Dadurch sollten die zum Divisionär entsandten Delegierten des Arbeiter- und Soldatenrats gesichert werden. Die Kruppdirektion protestiert in einem Telegramm an die Reichskanzlei gegen diese Einschränkung der persönlichen Freiheit.

### Kabinet und Vollzugsrat.

Gegen gewaltsame Aenderung der provisorischen Verfassung.

Die Beratungen zwischen dem Kabinet und dem Vollzugsrat begannen am Sonnabendnachmittag gegen 6 Uhr und zogen sich bis in die ersten Morgenstunden des Sonntag hin. Es wurde der ganze Komplex der zwischen der Regierung und dem Vollzugsrat schwebenden Fragen besprochen und als Schlüßergebnis einmütiges Zusammenwirken im Dienste der Revolution und Ueber einstimmung über das ausschließliche Exekutivrecht der Regierung und die entschiedene Absage an jede gewaltsame Veränderung der provisorischen Verfassung erzielt. Der Beschluß wird offiziell mitgeteilt werden.

### Spartakus vor der Kommandantur.

Vor der Kommandantur tumulierte am Abend ein Zug Spartakisten. Die Soldaten hatten Befehl, nicht zu schießen. Infolgedessen gelang es einer Deputation von 10 Mann, einzudringen, die in Liebknechts Auftrag mit Wels sprechen wollten, der jedoch nicht zugegen war. Die Menge verzog sich, versprach aber, abends wiederzukommen. In späterer Nachstunde ist die Kommandantur abgepörrt, die Mannschaften stehen Gewehr bei Fuß und die Menge beginnt sich zu verlaufen.

Es ist unklar, daß irgendein Truppenteil übergegangen ist. Bei den Soldaten herrscht gegen Spartakus größte Erbitterung.

Die Helben an der Prinz-Albrecht-Strasse, Logationstrat Werner v. Reibensden legt beneidlichen Wert auf die Feststellung, daß er mit dem künftigen Beamten des Reichswärtigen Amtes nicht identisch ist. Dieser war wie der gleichfalls künftige Graf Woltsch in untergeordneter Stellung tätig. Hauptmacher scheint ein gewisser Wilhelm Rarrens zu sein, der von Geisteskrankheiten zeugende alldemische Heftungsblätter versandte.

# Soldatenräte von Groß-Berlin.

Sechste Vollversammlung, Sonntag, den 8. Dezember.

Das Haus ist nur schwach besetzt. Die Versammlung hat zunächst einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Sie schlägt vor, Ege von den Pioniertruppen in Adlershof zu wählen, einen alten Gewerkschafter. Ege erklärt, daß es ihm eigentlich anleide, solche Versammlungen mit stundenlangen Geschäftsordnungsdebatten mitzumachen. Aber in der Stunde der Not sei er bereit, das angebotene Amt anzunehmen.

Die Abstimmung ergibt die einstimmige Wahl von Ege. Ege übernimmt den Vorsitz und ersucht zunächst das Mitglied des Vollzugsrats Cohen-Neuf, eine

Darstellung der Vorgänge vom Freitag zu geben.

Cohen-Neuf: Als wir im Vollzugsrat verhaftet werden sollten, haben wir die Sache nicht sehr tragisch genommen; ein großer Teil von uns ist direkt zu den Soldaten hinausgegangen und hat kameradschaftlich mit ihnen gesprochen. Die Gruppen, mit denen ich sprach, versicherten mir, sie würden uns nicht verhaften, bevor ich nicht am Telefon durch Rücksprache mit der Reichsregierung davon überzeugt hätte, daß diese den Auftrag gegeben hätte. Dazu ist es ja nicht gekommen, da die Dinge nachher aufgeklärt wurden.

Sehr viel tragischer sind leider die Vorgänge in der Chausseestraße gewesen. Ich glaube, es ist niemand im Saal, der nicht auf diese bedauert, daß hier Blut geflossen ist. Wie weit sich die Feststellungen machen lassen, ist das Blutvergießen durch eine ganze Reihe von tragischen Mißverständnissen und Verhängnissen hervorgerufen, die immer in solchen Fällen walten. Gewiß haben es unterrevolutionäre Elemente, die nicht im Vordergrund stehen, sondern die Dinge hinten dirigieren. Einen Teil der Leute, die mehr im Vordergrund stehen, kennen wir ganz genau. Wir haben einwandfreies, belastendes Material gegen sie, so daß wir sie zur Verantwortung ziehen können. Es wird alles gesehen, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Erst Reuschka und von Rheinbaben vom Auswärtigen Amt sind dann verwickelt; die Fäden gehen aber noch weiter. Es ist falsch, die Vorgänge Ebert und Scheidemann anzuheben. (Sehr richtig!) Es ist bedauerlich, daß die Sparsache nicht das tun. Ich bin auch dagegen, den Spartakusbund als einen Popanz hinzustellen, weil man ihm dabei eine Bedeutung gibt, die er nicht hat. Ich glaube nicht, daß er an Vorkriegsdenkmalen besteht. Eine Kommission, aus Spiro, Eppmeier und einem Arbeiter bestehend, war vor einigen Tagen bei Ebert und hat ihn gebeten, mit einer Demonstration der Soldaten für die Regierung sich einverstanden zu erklären. Daraufhin hat Ebert ganz korrekt erklärt, daß ihm diese Demonstration überflüssig erscheine, und hat verlangt, daß wenn später einmal eine Demonstration stattfinden sollte, sie gemeinschaftlich mit den Arbeitern gemacht werden möge. Man braucht keine Differenzen zwischen Vollzugsrat und Regierung zu wittern. Wenn man die paritätisch zusammengesetzte Regierung ignoriert, so erregt man damit auch Deutschland. Jeder muß jetzt durch seine Arbeit und Besonnenheit dazu beitragen, daß kein Unglück geschieht. Nur dadurch bringen wir unserem gequälten Vaterland Ruhe und Ordnung. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Ege abt die Versammlung die

Ergebnisse der Verhandlungen, die große Erregung unter den Soldatenräten auslösten: In den letzten Tagen haben sich

sehr ernste Ereignisse im Raum zwischen Potsdam und Berlin

abgespielt. Es ist in Berlin ein Generalkommando Lequis eingerichtet worden, das außerhalb des Rahmens der anderen Generalkommandos steht und die Soldatenräte nicht anerkennt. (Hört! Hört!) Diese Einrichtung ist im geheimen entstanden, dem Vollzugsrat ist darüber nichts bekannt. Das Generalkommando Lequis hat die Gardebataillionsdivision, die Gardehülpensdivision und die erste Gardebataillon in den Orten zwischen Potsdam und Nikolassee untergebracht und hat den Befehl über die Truppen zu erlassen, den Soldatenräten keine Auskunft über die Truppen zu erteilen. Im Laufe der letzten drei Nächte sind erhebliche Truppenmassen angekommen, die fest in der Hand ihrer Führer sind und wissen nicht, warum es sich handelt. Aufklärungen sind durch ihre reaktionären Führer politisch im unklaren gehalten und wissen nicht, warum es sich handelt. Aufklärungen sind durch ihre reaktionären Führer politisch im unklaren gehalten und wissen nicht, warum es sich handelt. Aufklärungen sind durch ihre reaktionären Führer politisch im unklaren gehalten und wissen nicht, warum es sich handelt.

Die Mitglieder des Vollzugsrats Albrecht, Trippe, Kortner, Wolfenbühl, Geisberg und Gottschling ver-

traffen. Der Versammlung bemächtigt sich lebhafter Unruhe.

Vorsitzender Ege: Die Stunde der Gefahr ist da! Wir haben zu handeln! Ich schlage vor, daß die Soldatenräte sofort zu ihren Truppen gehen und die Leute aufklären, damit dieses Generalkommando ausgeräuchert wird.

Gottschling schlägt vor, zunächst ruhig hierzulassen und die

vorliegenden Angelegenheiten kurz zu erledigen, dann aber zu den Truppenteilen zu gehen und dort auf die Gefahr vorzubereiten.

Während die Erregung im Hause immer noch fortbauert, er-gänzt Schilenski die Mitteilungen Heines noch dahin, daß gestern bereits ein Kamerad aus der Versammlung mittels Militärtele-graph an den Vollzugsrat berichtet habe, daß bereits die Gardebataillon im Kriegsministerium untergebracht seien.

Durch Abstimmung wird entschieden, zunächst abzuwarten, bis eine Auskunft von der Reichsregierung kommt und inzwischen die Verhandlungen fortzusetzen.

Gegenüber einem Hinweis auf eine Notiz im „Vorwärts“, wonach Archschmer mit den Vorgängen am Freitag in Verbindung stehen soll, erklärt:

Archschmer: Als am Mittwochmorgen infolge des Beschlusses der Delegiertenversammlung die Vertreter der „Frontsoldaten“ durch Kamerad Trippe entfernt wurden, erklärte Malinowski: „Wenn Ihr uns verewaltigt und aus dem Hause schmeißt, wird etwas passieren, was Euch sehr unliebsam ist. 10 000 Mann stehen hinter uns.“ Am Freitag wurde ich von jemand angerufen und gefragt, ob mir schon bekannt sei, daß am Nachmittag Protest-versammlungen der Deserteure und Urlauber stattfinden; es sei im Anschluß

eine bewaffnete Demonstration gegen den Vollzugsrat

beabsichtigt. Daraufhin habe ich pflichtgemäß die Komman-dantur angerufen, und da ich dort keinen Anstoß bekam, das Generalkommando. Ich habe dem Kameraden Krebs gesagt, schickt ein paar Leute in die Versammlungen und laßt euch darüber Ber-richt erhalten, und trefft Vorkehrungen, damit nicht irgendwelche Handstreichs vorgenommen werden.

Trippe bestätigt diese Ausführungen.

Bei der Abstimmung wird sodann Archschmer mit großer Mehrheit zum zweiten Vorsitzenden gewählt.

Es erregt darauf die Vorhände der 4. Armee, zu dem auch das Gardekorps gehört, Levison, das Wort. Die Fronttruppen haben geschlossen hinter Ebert und Haase. (Beifall.) Wir wollen alle mitarbeiten an der Errichtung der deutschen Republik. (Lebhafter Beifall.)

Darauf teilt Siemsen mit, daß der Vollzugsrat ein Auf-lärungsbureau eingerichtet hat, das den Soldatenräten auf Wunsch politische Reden zur Verfügung stellt.

Es folgt sodann der

Bericht des Wahlbureaus.

In eingehender Weise erhielt Gerber den Bericht. Er führte aus: Es kam uns bei dem Wahrgeschehen vor allem darauf an, auf dem Vorhandenen aufzubauen. Wir konnten in der kurzen Zeit nicht eine Wahlordnung schaffen, die allen Wünschen gerecht wird. Es kommt hauptsächlich auf Schnelligkeit an, da die Delegiertenversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Deutschlands bereits zum 16. Dezember einberufen ist.

Der aus der Reichskanzlei zurückgekehrte Cohen-Neuf erhält außerhalb der Tagesordnung das Wort zu folgender Mitteilung betreffend die

Angelegenheit Lequis:

Ich bin mit dem Kameraden Heine in der Regierung gewesen und Heine hat Ebert die Mitteilung vorgelesen, die er erhalten hat. Ebert wird sofort nach Schluß einer Versammlung, in der er noch zu sprechen hat, mit dem Kriegsministerium in Verbindung treten und die Angelegenheit Lequis unterziehen lassen und wenn Gefahr droht, unterzögeln die nötigen Maßnahmen treffen. Auch Wolfenbühl ist mit Bergmann zur Kommandantur gefahren und hat Wels die nötigen Mitteilungen gemacht.

Gerber machte Mitteilungen über eine telefonische Unter-suchung mit Vertretern der Soldatenräte vom 4. Gardebrigade zu Fuß, das gestern abend in Jüterbog eingezogen ist, und vom 2. Gardebrigade zu Fuß, das in Ludwigsfelde in Bürgerquartier gekommen ist. Der Soldatenrat sollte die Kommandeure der beiden Regimenter erklären, daß sie voll und ganz mit der Einrichtung der Soldatenräte einverstanden sind und mit der Regierung Ebert-Haase voll und ganz zusammengehen werden. (Bravo!)

Hierauf wird in der Tagesordnung fortgesetzt.

Die Sechsenkommission hat die Ansetzung der Mandate von drei Mitgliedern des Vollzugsrats geprüft. Das Mandat Trippe wird angefochten, weil die Wahl nicht ordnungsmäßig zustandegekommen sein soll. Die Kommission hält die Ansetzung für be-gründet. Die Versammlung beschließt gegen 2 Stimmen die Gültigkeit des Mandats Trippe. — Das angefochtene Mandat des Vollzugsratsmitglied Bergmann beantragt die Kommission für ungültig zu erklären, weil Bergmann zur Mitarbeit im Voll-zugsrat unfähig ist. — Der Antrag wird gegen 2 Stimmen ange-nommen. — Der dritte Fall, der das Mitglied Reinhold betrifft, wird an die Kommission zurückverwiesen. — Die Ersatzwahl für Bergmann soll in der nächsten Versammlung erfolgen.

Beim Bureau ist ein Antrag eingegangen, welcher Stellung-nahme verlangt zu der vom Vollzugsrat an die Delegierten der russischen Sowjetregierung ergangenen Einladung zur Reichs-ver-sammlung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Die vorige Versammlung hatte einen Antrag angenommen, der das Kriegsministerium ersucht, die Soldatenräte, die jetzt in den dem Kriegsministerium unterstehenden militärischen Betrieben be- stehen, zu befähigen, ohne Rücksicht auf die Umstellung dieser Be-triebe für Friedensarbeit. — Unterstaatssekretär Köhler, dem der Antrag unterbreitet wurde, hat sich gegen denselben erklärt. Er ist dafür, daß die bis zum 10. Dezember bestehenden Soldaten-räte befristet werden. Dann soll zu Anfang jeder Dekade die Stärke der Formationen festgestellt und danach die Zahl der Sol-datenräte bestimmt werden. Die Räte der nicht mehr 600 Mann starken Formationen sollen aufgelöst und in den nicht mehr mili-tärischen Betrieben die Arbeiterräte die Vertretung der Beschäftigten sein.

Dieser Standpunkt wird in der Diskussion lebhaft angegriffen. Das Fortbestehen der Soldatenräte in den bisher militärischen Be-trieben sei sehr nützlich für die Erledigung der Demobilisierung. Man wolle die Soldatenräte, wie ein Redner erfahren haben will, langsam abfügen, um die Offiziere wieder in ihre alte Funktion einzufügen. Dagegen müßten sich die Soldatenräte wehren. — Ein Beschluß in dieser Angelegenheit wird nicht gefaßt. — Um 4 1/2 Uhr wird die Versammlung geschlossen.

Sinschlich des Gehaltens der Vereinigung mit den Unabhän-gigen wurde in der Diskussion betont, daß an eine Vereinigung nicht zu denken sei, solange sich die Unabhängigen nicht von den Spartakusideen klipp und klar scheiden.

In den Nationalversammlungen wählen unterbreitete Genosse Hermann Müller der Konferenz folgende Forderung, welche die Vertreter von Niederbarnim auf einer Kon-ferenz des Wahlkreises Regierungsbezirk Potsdam betreiben sollen: Es sollen vier Genossen aus dem Kreise Niederbarnim auf die Kandidatenliste gesetzt werden, davon zwei Männer und eine Frau an sicherer Stelle. Diese Forderung begründete Genosse Müller mit der Stimmzahl, die der Kreis Niederbarnim im Verhältnis mit den anderen Wahlkreisen der Regierungsbezirk Potsdam (der 10 Abgeordnete zur Nationalversammlung zu wählen hat) bei den Reichstagswahlen aufgebracht hat. Die Aufstellung der Kan-didaten soll der Generalversammlung überlassen bleiben. Der Vor-satz schlägt als Kandidaten die Genossen Wisse, Hermann Müller und die Genossin Juchacz vor. Auch die vierte Kandidatur soll einer Frau übertragen werden. — Die Konferenz stimmt diesem Vorschlage zu.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, deren Schlus-satz lautet:

Die Kreisversammlung erwartet von der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte, daß die für den 16. Februar vor-gezeichneten Wahlen schon auf einen früheren Termin fest-gesetzt werden.

## Einzug der Truppen in Berlin.

Vom 16. Dezember ab werden verschiedene aus dem Felde zurückkehrende Divisionen in Berlin einmarschieren. An diesem Tage rückt die Garde-Kavallerie-Schützen-Division in die Hauptstadt ein. Die Division besteht aus Garde-Kavallerie-Regimentern und auch aus Kavallerieregimentern der verschiedenen preussischen Provinzen. Außerdem nimmt ein aus allen deutschen Stämmen besonders zusammengesetztes Bataillon an dem Einzug teil. Die Truppen marschieren von dem Heidelberger Platz durch die Medlenburger-Straße, Berliner Straße, Kaiser-Allee, Joachimshöfener Straße, Kurfürstendamm, Hofjägerstraße, St. Stern, Charlottenburger Chaussee, Brandenburger Tor, Unter den Linden.

Der Empfang durch die Reichs- und Stadtbehörden findet um 1 Uhr auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor statt.

Die Reservelazarette des Gardekorps mit angegliederten Vereins-lazaretten wählen morgen, Dienstag, auf je 100 Mann einen Ver-trauensmann. Die gewählten Vertrauensleute der Reserve- und angegliederten Vereinslazarette wählen aus ihrer Mitte bis 1000 Mann einen über 1500 Mann 2 Delegierte (Offiziere sind nicht wählbar). Die so gewählten Delegierten treten am Mittwoch, den 11. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr, im Anato-mischesaal des Reservelazaretts „Hochschule für bildende Künste“, Charlottenburg, Hardenbergstr. 83, zusammen zwecks Wahl eines Soldatenrats für das Sanitätsamt des Garde-korps.

Zur Verhaftung des Vollzugsrats. Auf Wunsch zahlreicher Angehörigen des 1. Garde-Pionier-Ersatz-Bataillon, Lons, Köpenickerstraße, wird erklärt, daß die Angehörigen dieses Bataillons an der verbotenen Verhaftung des Vollzugsrats nicht beteiligt waren.

15 Todesopfer und 31 Schwerverletzte hat nach den bisherigen Feststellungen des Leichenschauhauses der blutige Zusammenstoß in der Chausseestraße gefordert. Ob hiermit die Zahl der Opfer erschöpft ist, steht jedoch noch dahin. Zur genauen Ermittlung ist es unbedingt erforderlich, daß alle Stellen, wo Tote oder Verwun-dete untergebracht sind, dies noch nachträglich dem Schauhause melden. Außer den bereits von uns gemeldeten 11 Toten sind noch vier Verwundete ihren Verletzungen erlegen. Es sind dies der Sanitätsfeldwebel Paul Mische aus der Köppler Straße 5, der Sol-dat Ariur Bierke aus der Demminer Straße 38, ein noch unbe-kannter Soldat und ein Arbeiter Strouk. Von den ermittelten 31 Verwundeten befinden sich 15 in der Almit in der Fingelstraße, 11 in der Charité, 3 im Garnisonlazarett, 1 im Augustahospital und 1 im Viktoria-Krankenhaus.

Die Berliner Zionistische Vereinigung veranstaltet heute abend pünktlich 8 Uhr im großen Saale der Philharmonie (Bernburger-straße 22/23) eine öffentliche Versammlung, in der Herr Curt Blumenfeld über „Antisemitismus und seine Überwindung“ sprechen wird.

Eine Bataillonkassette erschwindelt. Die Kasse des 2. Bataillons des Eisenbahn-Regiments 1, die 100 000 M. bares Geld ent-hält, ist heute zwei jungen Schwindlern durch ein Verlagsmandat in die Hände gefallen, das erkennen läßt, daß die beiden Gauner mit den Verhältnissen genau vertraut gewesen sein müssen. Sie erschienen auf der Wache des Bataillons, die während der Abwesenheit des Zahlmeisters die Kasse aufbewahrt und geben an, vom Zahlmeister den Auftrag erhalten zu haben, die Kasse für ihn abzu-holen. Da sie auch die Eisenbahneruniform trugen, glaubte der Wachhabende, es mit Soldaten zu tun gehabt zu haben, die im dienlichen Auftrag handelten, und handigte ihnen ohne Bedenken die gefüllte Kasse aus. Als später wieder zwei Soldaten des Ba-tillons erschienen, die in Wirklichkeit beantragt waren, die Kasse abzuholen, stellte sich heraus, daß die ersten beiden Schwindler waren, dem die Wache ins Garn gegangen ist. Die Gauner werden jetzt von der Polizei gesucht. Es sind zwei junge etwa 18 bis 20 Jahre alte Burschen, von denen der eine etwa 1,72, der andere nur 1,60 Meter groß ist. Beide haben hartlose Gesichter, die ihre Jugend deutlich erkennen lassen. Das erschwindelte Geld, auf dessen Wiederherbeischaffung eine Belohnung von 5 Proz. ausgesetzt ist, be-stand aus ganz neuen fünfzigmarktscheinen, die noch in der von der Reichsbank gelieferten Packung waren.

Frauenversammlung. Am Montag, abends 7 1/2 Uhr, findet im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: Das Frauenwahlrecht — eine Katastrophe für die Sozialdemokratie! Referent: Emil Unger.

Charlottenburg. An die Hauseigentümer Charlottenburgs richtet der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte fol-gende Mitteilung:

„Seit einigen Tagen geben Charlottenburger Hauseigentümer oder deren Beauftragte in rücksichtsloser Weise mit Kündigungen und Wohnungsbräunungen hauptsächlich gegen ärmere Mieter vor. Mit Rücksicht auf die herrschende Wohnungsnot wird den Haus-eigentümern oder deren Beauftragten das Recht zur Kündi-gung bis auf weiteres entzogen. Jeder Wohnungs-wechsel, der vom Hauseigentümer veranlaßt wird, muß beim Ar-beiter- und Soldatenrat eingehend begründet werden und unter-liegt dessen Zustimmung. Zuwiderhandlungen werden bestraft.“

Die Schöneberger Sicherheitswehr betraut sich in einer Rich-tigstellung geschlossen gegen die Erklärung eines Spartakisten, „der größte Teil der Schöneberger Sicherheitswehr stehe zu Liebknecht und werde den Spartakisten Waffen liefern“. Die Wehr sagt, sie stehe „nach wie vor ohne Ausnahme hinter der Regierung“.

## Theater.

### Residenztheater: „Friedensverhandlungen“.

Der Titel ließ allerhand anzügliche Ironien über das aktuelle Thema erwarten, bei dem der Widerspruch höchstend schöner Hu-manitätsprogramme und der Gefährungen, die sich in einen solchen Kampf heiden, noch schlagender wie sonst gewöhnlich in der Politik hervortritt. Doch das Stückchen Drama Wilmanns enttäuschte. Der Einfall, daß ein erkrankter Hochkapler, eine Leuchte in den Kreisen der internationalen Sozialdemokratie, in den Versuch eines Friedensunterhandlungs gerät und bei der Verhandlung den An-legen von der diplomatischen Fakultät noch über Ohr haüt, wäre gewiß so über nicht. Daraus hätte ein wohl einwandfreies Seiten-stück zu Wilmanns' respektlos übermütiger „Dicks“ Grotteske werden können, in der ein bei seiner nächsten Arbeit gestörter Gentleman-Entrepreneur dem Dichtner, der ihn überrascht, über die Gemein-samkeit ihrer beiderseitigen Grundzüge eine höflich-großartige Vor-lesung hält. Doch der Verfasser weicht mit der Idee nichts Rechtes anzufangen, nicht sie nur als Aushang für belanglos triviale und auf die Dauer stark ermüdende Possen aus. Der vom Gerücht zum Gesandten ernannte Spitzhube zeigt in der aufzunehmenden Rolle eine so naive Ahnungslosigkeit, daß man, von allem anderen abgesehen, nicht versteht, wie er in seinem eigenartigen Verufe so allnähe Karriere machen konnte. Auch die Persiflage auf die in Ehrlichkeit und Bewunderung vor der vermeintlichen Ergeßens ersehende Bankiersfamilie Süßkind wie das internationale Reporterium arbeitet mit allzu billigen Mitteln. Der Beifall geht in erster Linie wohl der klotten Aufführung, in der namentlich Herr Falkenstein als Obergauner und Herr Paulig als Intermediär-Hauptling durch dreifach gefasste Mimik wirken. dt.

## Aus aller Welt.

### Zusammenstoß zweier Truppentransportzüge.

München, 8. Dezember. (Z.) Zwei Truppentransportzüge, die mit bayerischen Truppen besetzt waren, sind auf dem Bahnhof von Solbad an der Mur infolge falscher Weichenstellung ineinander gefahren. Sechs Wagen des ersten und die Lokomotive des zweiten Zuges wurden zertrümmert. Mehrere Soldaten sind, eine große Anzahl schwer verletzt.

# Groß-Berlin

## Sozialdemokratische Kreisversammlung für Niederbarnim.

Am Sonnabend hielten die Genossen des Kreises Niederbarnim eine Kreisversammlung ab. Der Vorsitzende Genosse Müller emp-fahl namens des Vorstandes, bis zur Wahl zwei Genossen anzu-stellen.

Genosse Baummeister gab einen Bericht über die Tätigkeit der Genossen, welche die Behörden beaufsichtigen. Im Reichsrat sind alle wichtigen Posten bis zum Landrat von uns besetzt, und zwar zu gleichen Teilen von unseren Parteigenossen und Unabhängigen. Das

## Zusammenarbeiten beider Parteien

hat sich so bewährt, daß es den Gedanken einer Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien nahelegt. Auch das Re-feratungspräsidium und das Oberpräsidium stehen unter unserer Kontrolle. An der Tätigkeit, die manche junge Mitglieder der Unabhängigen in ihren Amtsstellen ausüben, ist zwar viel auszuholen, aber im allgemeinen hat die gesamte Kon-ferenz viel Nutzen im Interesse des Volkes geschaffen. Gegen Wählende müssen nachdrücklich Protest erhoben werden. Eine Resolution in diesem Sinn wurde angenommen.

